

Es machen, oder es sein lassen?

„Das Bundesverfassungsgericht lehnte ein Verbot der NPD (heute umbenannt in „Die Heimat“) im Januar 2017 ab. Die Richter urteilten zwar, dass die Partei verfassungsfeindliche Ziele verfolge, jedoch fehlten konkrete Anhaltspunkte dafür, dass sie diese auch erfolgreich umsetzen könnte. Die Partei war demnach politisch zu bedeutungslos, um die Demokratie ernsthaft zu gefährden.“

Quelle: Bundesverfassungsgericht

Nun, dass die AfD „politisch bedeutungslos“ ist, kann schwerlich behauptet werden. Ein Blick auf die Umfragewerte zeigt das Gegenteil. Und wenn sie in Sachsen-Anhalt allein die absolute Mehrheit holt, wird sie uns anschaulich vormachen, wie sie ihre „verfassungsfeindlichen Ziele“ zu verfolgen gedenkt.

Am 25. Juni hat die **Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V.** ein Gutachten mit der Fragestellung, ob die AfD verboten werden soll, veröffentlicht und die Antwort gleich mitgeliefert:

„Das vorliegende Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) verfassungswidrig im Sinne des Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes ist. Denn die Partei geht nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger darauf aus, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen, indem sie das Demokratieprinzip und die Menschenwürdegarantie systematisch missachtet.“

Rund 1.500 Seiten umfasst das Gutachten, hinzu kommen noch einmal 1.500 Seiten Anhänge. Allein elf Seiten ist das Inhaltsverzeichnis lang, vier Seiten Anleitung zum Lesen, 104 Seiten Zusammenfassung und sechs Seiten Kurzfassung. Drei Millionen Daten wurden erfasst, 13 Monate dauerte die Arbeit an dem Gutachten, eine Million Euro hat es gekostet, privat finanziert von 20.000 Menschen. Ein Eintrag ins Guinness-Buch dürfte gewiss sein.

Die **Grünen** haben das Gutachten für die Aktuelle Stunde morgen im Abgeordnetenhaus angemeldet. *„Fakten anerkennen, Demokratie retten: Nach neuem Gutachten das Prüfverfahren für ein AfD-Verbot jetzt einleiten.“* Daraus wird nichts, weil voraussichtlich das Thema der SPD: *„Bauen und Wohnen in Berlin“* behandelt werden wird. Es wird die Stunde von Bausenator **Christian Gaebler**, der in dieser Woche in einer Ausgabe der **Abendschau** gleich dreimal beim Einweihen und Vorstellen von Bauprojekten zu sehen war.

Das Thema der Grünen geht am Donnerstag nicht verloren, sondern wird nur auf den Tagesordnungspunkt 6 Prioritäten verschoben (ca. 13:30 Uhr, zu sehen bei **Alex**.)

Die Reaktionen auf das Gutachten waren erwartungsgemäß unterschiedlich. *„Ein Gutachten ... will Klarheit über die Erfolgsaussichten eines AfD-Verbotsverfahrens schaffen. Doch politische Missbilligung allein begründet noch keine Verfassungswidrigkeit.“*, schreibt die FAZ. Für die AfD ist das Gutachten KI generiert und blanke Verleumdung.

„In der AfD haben sich die radikalen Kräfte durchgesetzt. Diese Entwicklung zeigt sich ... in den Zielen der Partei und dem Verhalten ihrer Anhänger, die teils gegen das Demokratieprinzip, teils gegen die Menschenwürde gerichtet sind: ... Belege zeigen, dass die AfD Politiker anderer Parteien für politische Entscheidungen strafrechtlich verfolgen ... und aus dem Prozess der politischen Willensbildung verdrängen will.“, heißt es in dem Gutachten. Erleben wir nicht gerade genau das in den USA?

Besonders interessant im Gutachten sind die Gegenüberstellungen der Positionen der NPD mit denen der AfD. Wer nach Lesen des Gutachtens immer noch der Meinung sein sollte, die AfD sei eine Alternative zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Landes, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen.

Jeder kann in diesem Land eine Partei gründen, wenn er mit den etablierten nicht einverstanden ist. Sinnvoller wäre es, in Parteien einzutreten und dort mitzumachen, die seit Jahrzehnten eines der demokratischsten Länder der Welt am Laufen halten. Die gegenwärtige wirtschaftliche Schwäche Deutschlands ändert daran nichts, auch nicht das gewohnt frühe Ausscheiden der Fußballer aus einem Turnier.

Immer wieder wird gesagt, nicht jeder AfD-Wähler ist ein Faschist. Ja, richtig, aber ein Steigbügelhalter. Für mich erschließt sich nicht, wie man in einem Land mit unserer Geschichte eine Partei wählen kann, die eine Ideologie verfolgt, die schon einmal ins Verderben geführt hat.

Die USA haben uns nach dem Krieg die Demokratie freundlicherweise aufgezwungen. Heute funktioniert sie bei uns besser als in den USA. Anstatt die USA eingreifen und uns die blau gefärbte braune Soße vom Revers wischen, sympathisieren sie mit diesen Leuten. Das ist widerlich.

Die Frage: Es machen, also verbieten, oder es sein zu lassen, beantworte ich mit: Sein lassen. Zu groß wäre der Triumph beim Scheitern. Wenn es nicht gelingt, die AfD politisch argumentativ zu verdrängen, dann ist unsere Demokratie am Ende.

Ed Koch